

Strahlenopfer verlangen Millionen

Radaropfer bereiten Scharping Kopfschmerzen

22. 06. 2001 (Quelle: [Focus](#))

Rudolf Scharping hat Ärger: Der Anwalt von Strahlenopfern der Bundeswehr fordert Schmerzensgeld in Millionenhöhe für die Soldaten. Die Bundeswehr habe Radartechniker in den 60er-, 70er- und Anfang der 80er-Jahre wissentlich „verheizt“, sagte der Berliner Anwalt Reiner Geulen am Freitag. Sollte das Verteidigungsministerium von Rudolf Scharping (SPD) die Rentenansprüche und Schmerzensgeldforderungen nicht schon in den nächsten Wochen anerkennen, werde gerichtlich vorgegangen.

Die Strahlenbelastung der Betroffenen habe den höchstzulässigen Grenzwert für die Bevölkerung pro Jahr um das 5000 bis 20 000fache überschritten, so Geulen weiter. Dokumente belegten, dass die Bundeswehr seit Ende der 50er-Jahre über die Risiken informiert gewesen sei, dennoch die Radargeräte nicht mit den nötigen Schutzvorrichtungen ausgerüstet und ihre Mitarbeiter auch nicht gewarnt habe.

Leukämie und Missbildungen

Bei den mehr als 100 Mandanten, die er vertrete, seien unter anderem Leukämie und Missbildungen der Kinder die Folge gewesen. Im Interesse der Kranken werde eine außergerichtliche, aber schnelle Einigung angestrebt. Bis zum 16. Juli solle Scharping mitteilen, ob er die Ansprüche anerkenne, zu deren Erstattung das Ministerium verpflichtet sei.



Created: 24.06.2001 Updated: 24.06.2001
